

# Grundsatzpapier zur christlichen Politik der CVP

Von Dr. Markus Arnold

## Definition:

**Die CVP ist eine überkonfessionelle Wertepartei, die sich einem christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild verpflichtet fühlt. Dies beinhaltet den Schutz der Menschenwürde und die Respektierung der Menschenrechte. Bewährte Prinzipien für die politische Arbeit sind die Orientierung am Gemeinwohl, das Subsidiaritäts- und das Solidaritätsprinzip. Der christliche Glaube und die Bibel vermitteln der CVP Impulse und Grundhaltungen für die politische Arbeit, aber nicht konkrete Gesetzesnormen. Diese sind im säkularen Staat durch den politischen Diskurs zu erreichen. Dabei bringt die CVP ihre Werthaltungen als Zielvorstellungen ein.**

## Elemente:

### Werte und Normen

Im ethischen Kontext bedeuten Werte grundlegende Handlungsziele, die unser Handeln als im ethischen Sinne gut qualifizieren sollen, wenn wir sie befolgen. Klassische Werte sind z.B. Gerechtigkeit, Freiheit, Liebe. Neuere Werte sind z.B. Toleranz oder Nachhaltigkeit. Von den Werten zu unterscheiden sind die Normen. Normen sind Handlungsanweisungen in konkreten Situationen, deren Geltungsbereich klar definiert ist.

Normative Ethiker machen den Wertethikern gerne den Vorwurf, die Rede von den Werten sei schwammig und unbestimmt. Dieser Vorwurf ist in der Politik nicht unberechtigt. Gerade in ihrer wohlklingenden Unbestimmtheit eignen sich Werte vorzüglich für Wahlkämpfe und Festreden.

Folgendes ist darum zu beachten:

1. Werte müssen klar definiert werden („Die CVP versteht unter Freiheit ...“).
2. Dies geschieht am besten mittels konkreter Beispiele, in welchen Werte einander gegenüber gestellt werden und begründet wird, warum ein Wert gegenüber dem anderen bevorzugt wird.
3. Dies bedingt, dass Werte immer auch auf ihre möglichen normativen Konkretisierungen ausgeleuchtet werden.
4. Die Gesamtheit der von uns durch unser Handeln angezielten Werte macht wesentlich unser Menschenbild und auch unser Ethos aus.

Leider wird in der Alltagssprache alles Mögliche als Wert bezeichnet: ästhetische Werte (Gucci, Armani), materielle Werte (Gold, Aktien), allgemeine Vorlieben (lieber Wein als Bier). Insbesondere in den Sozialwissenschaften sind die Begriffe unklar. Oft werden da Werte und Normen einander gleich gestellt.

### Christliche Werte

Exklusiv christliche Werte gibt es nicht. Freiheit ist auch Liberalen wichtig, Solidarität betonen auch Sozialdemokraten und Nachhaltigkeit beanspruchen die Grünen für sich. Wenn wir sinnvoll von christlichen Werten reden wollen, müssen es Werte sein, die auch in der Bibel einen zentralen

Stellenwert haben. Dabei kann es nicht um einzelne Textstellen gehen, sondern um Werte, welche die ganze biblische Botschaft prägen. Dazu gehören z.B. die biblische Friedensvorstellung (Schalom), welche immer auch Gerechtigkeit beinhaltet, die Nächstenliebe, der respektvolle Umgang mit der Natur als Schöpfung und Freiheit als Voraussetzung zum Aufbau menschlicher Gemeinschaft.

## **Christlicher Glaube und Politik**

Im Zentrum des christlichen Glaubens steht nicht eine Ethik, sondern die Beziehung zu Jesus Christus. Diese vermittelt die Hoffnung, dass auch in ausweglosen Situationen immer noch Hoffnung besteht, weil letztlich Gott handeln und vollenden wird. Das ist die grundlegende Dynamik zwischen Kreuz und Auferstehung. Weil aber die christliche Gottesbeziehung Gottes- und Nächstenliebe miteinander verbindet, ist christlicher Glaube nie nur „religiös“ (Religion als Innerlichkeit), sondern immer auch sozial. Das verpflichtet zur Politik als Sorge für das Gemeinwohl im Kleinen wie im Grossen.

Christlicher Glaube wirkt darum weniger direkt in die Politik ein. Er vermittelt vor allem eine Motivation, politisch tätig zu sein. Prüfstein dieser Politik sind die „Geringsten“. Ein christliches Verständnis der Gerechtigkeit misst sich daran, ob den Notleidenden im Lande effizient geholfen wird.

## **Bibel und Politik**

Dieser Einsatz für die Notleidenden durchzieht als roter Faden auch die biblische Botschaft des Alten und Neuen Testaments. Christliche Politik argumentiert in Normfragen aber nicht direkt mit einzelnen Bibelstellen. Die Bibel vermittelt Grundeinsichten über Werte und Grundhaltungen, die in der Politik wirksam werden. Auch scheinbare Normen, wie sie sich zum Beispiel in den 10 Geboten finden, sind interpretationsbedürftig. Sie wurden und werden immer wieder neu interpretiert und vermitteln so ebenfalls Motivationen und Impulse.

Die Bibel kann durchaus auch persönlich zum konkreten Handeln inspirieren. Sie prägt so unser persönliches Ethos. Dies lässt sich aber nicht verallgemeinern. (So können sich z.B. Dienstverweigerer wie Offiziere auf ihr christliches Ethos berufen!)

## **Ein christliches Menschenbild**

Das christliche Menschenbild gibt es nicht, obwohl CVP-Politiker gerne im Namen des christlichen Menschenbildes alles Mögliche fordern. Wenn wir das bisher Gesagte ernst nehmen, können wir zu einem christlichen Menschenbild Folgendes sagen:

- Die Vorstellung, die wir von uns haben – unser Menschenbild - , ist eine fundamentale Grundlage unseres Selbstverständnisses und jeder bewussten Gestaltung unseres Soziallebens. Mit unserem Menschenbild bestimmen wir, was wir als unsere fundamentalen Eigenschaften annehmen. Es geht einerseits um unsere allgemein menschlichen Eigenschaften (Bedürfnisse und Handlungstendenzen), aber auch um unsere Ziele (Sinn des Lebens, fundamentale Werte), welche letztlich unsere Identität ausmachen.
- Das Menschenbild einer Christin/eines Christen ist demnach wesentlich geprägt durch den religiösen Glauben und durch ethische Grundeinstellungen.
- Im Zentrum steht der Glaube, dass nicht der Mensch, sondern Gott Vollkommenes schafft. Menschliches Handeln hat immer den Charakter des Vorläufigen und ist mit Mängeln behaftet. Darum ist Vorsicht geboten, wenn wir mit perfekten Konzepten konfrontiert werden, sei dies in der Technik oder in der Gesellschaftspolitik. So haben sowohl die liberalen wie die sozialistischen Utopien des 19. Jh. ihre Verheissung, das Paradies auf Erden zu schaffen, nicht eingelöst. Im Gegenteil: Der Perfektionsdruck schafft immer unnötiges Leiden – im Kleinen wie im Grossen. Dies führt bei allem Optimismus über das grundsätzliche Gutsein des Menschen zu einer kritischen Sicht: Der Mensch ist auch im Bösen zu allem fähig. Seine Natur ist nicht einfach nur gut. Das zwingt dazu, dem Menschen Grenzen zu setzen, notfalls mit Zwang.

- Was die ethische Grundeinstellung anbelangt, geht es vor allem um jene Werte, die in der christlichen Existenz zentrale Geltung beanspruchen. Hier ist Pluralität zu akzeptieren. Der eine betont mehr Liebeswerte wie Solidarität, Fürsorge, Barmherzigkeit, der andere setzt den Akzent mehr auf Freiheitswerte wie Mündigkeit, Autonomie und Selbstverantwortung. Wesentlich ist, dass sich diese Werte nicht ausschließen, sondern in einem christlichen Menschenbild ergänzen. (Wie die beiden Brennpunkte einer Ellipse.) Wer nur die individuelle Freiheit betont und den Staat als Gegner ansieht, den es zu begrenzen gilt, hat keinen Platz in einer C-Partei. Dasselbe gilt für den, der die Menschen aus vermeintlicher Liebe zu ihrem Glück zwingen will und hofft, dass im durchorganisierten Staat die Einzelnen zu guten Menschen erzogen werden.
- Pluralität der christlichen Menschenbilder heisst aber nicht Beliebigkeit: Faschistische, rassistische, sozialistische und totalitäre Menschenbilder stehen in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu einem christlichen Menschenbild.

## Die Menschenwürde

Nicht nur christliche Politiker/innen argumentieren gerne mit der Menschenwürde. Sie ist ein starkes Argument. Allerdings verliert dieses Argument heute zusehends an Kraft, weil es auch für Bagatellen missbraucht, – oder als letzte Begründung, herangezogen wird, wenn keine Argumente mehr zur Verfügung stehen. Das Menschenwürde-Argument darf nur dann gebraucht werden, wenn es um die Verletzung grundlegender Menschenrechte geht (Folter, Sklaverei, Ausbeutung, Meinungsfreiheit etc.).

Das Problem ist die Begründung der Menschenwürde. Sie kann sowohl theologisch als auch philosophisch begründet werden:

Die theologische Begründung finden wir in der Bibel sowohl im alttestamentlichen Schöpfungsglauben (Gottebenbildlichkeit des Menschen in Gen 1,26) als auch in der neutestamentlichen Regel von der engen Verknüpfung zwischen Gottes- und Nächstenliebe. Auf den Punkt gebracht wird dies in der Christusbegegnung im Geringsten (Mt 25,31-46). Damit wird für die christliche Politik nicht irgendein abstrakter Mensch zur Basis des Menschenwürdebegriffs. Es ist der Geringste, also der Verachtete, offensichtlich Not Leidende, der zum Testfall der Menschenwürde wird. In der systematischen Theologie wurde dieser Gedanke ausgehend von der Rechtfertigungslehre des Apostels Paulus weiter vertieft: Gott liebt jeden Menschen ohne Vorbedingung. Mit anderen Worten: Der Mensch braucht keine Leistungen vorzuweisen um vor Gott bestehen zu können. Dies hat zur Konsequenz, dass die Respektierung der Menschenwürde und das Eintreten für dieselbe für christliche Politik ein zentrales Anliegen bedeutet, von welchem sie sich nicht mit Berufung auf andere Interessen dispensieren kann. In der Tradition wird diese Würde der menschlichen Person schon dem werdenden Menschen, also dem Embryo, bis hin zum dementen Menschen im Alter zugesprochen.

Demgegenüber ist die philosophische Begründung der Menschenwürde umstrittener. Sie fusst auf dem Diktum Immanuel Kants, dass der Mensch als einziges Lebewesen Würde, also einen Wert in sich habe, weil er das einzige Wesen ist, das sich ethisch selbst in Pflicht nehmen kann. Autonomie und Mündigkeit der menschlichen Person werden hier zur Basis der Menschenwürde. Darum darf ein Mensch nie nur als Mittel zu irgendeinem Zweck werden, er hat immer auch einen Zweck in sich selbst, der zu respektieren ist. Hier gehen indes die Meinungen auseinander: Gewisse Philosophen postulieren, dass nur der Mensch, der autonomiefähig ist, Anspruch auf Würde hat, andere sagen diese jedem Wesen der Gattung „Mensch“ zu, unabhängig von seinen Eigenschaften. Dieser Konflikt zeigt sich immer wieder an den Rändern des Lebens: Embryonenschutz, Schwangerschaftsabbruch und Präimplantationsdiagnostik einerseits, aktive Euthanasie andererseits.

Für die christliche Politik ergibt sich daraus die Schwierigkeit, dass sie parteiintern sehr wohl mit einem theologischen Begriff der Menschenwürde argumentieren kann, dass sie aber in der säkularen Gesellschaft letztlich nur philosophisch argumentieren darf, will sie sich über die eigenen Grenzen hinaus Gehör verschaffen. Gelöst werden kann dieses Dilemma nur dadurch, dass man bei Verletzungen der Menschenwürde, auf die Folgen verweist (Nationalsozialismus, Sowjetsystem). Hier ist auch bei heutigen Versuchungen der Imperativ des „Nie wieder!“ in die

Argumentation einzubringen. Sinnvollerweise wird darum die Menschenwürde mit den Menschenrechten verknüpft. Dies ist darum aktuell, weil immer wieder das Argument zu hören ist, die Menschenrechtsidee sei ein Produkt der abendländischen Geistesgeschichte und darum nicht zu globalisieren. Konkret wird dies in der Auseinandersetzung mit dem Islam: Ist die Scharia den Menschenrechten übergeordnet? Zumindest für unsere Gesellschaft haben sie Vorrang – das ist klar zu betonen. Die zentralen Gehalte, wie z.B. das Verbot jeglicher Folter, dürften zumindest aus der Sicht der Opfer ebenfalls universale Geltung beanspruchen.

Ergänzend ist zu sagen, dass in der BV auch die „Würde der Kreatur“ festgehalten wird. Der Ausdruck wurde im Ausland eher kritisch zur Kenntnis genommen, denn in der normativen Umsetzung stellen sich grosse Probleme. Würde hat absoluten Charakter, darf also nicht relativiert werden. Dies führt zu unlösbaren Problemen. Besser wäre es vom „Eigenwert der Kreatur“ zu sprechen. Dieser Eigenwert müsste für jede Spezies definiert werden.

### **Andere Menschenbilder**

Dies verweist auf die Notwendigkeit, sich mit anderen Menschenbildern kritisch auseinander zu setzen. Wird z.B. Autonomie als Wert vor allem im Sinne von Unabhängigkeit und Mobilität verstanden, dann wird Leben mit schwerer Behinderung oder im Alter, das auf Pflege angewiesen ist, als menschenunwürdig bezeichnet und als Lösung die Möglichkeit aktiver Euthanasie gefordert. Werden demgegenüber Pflege und Fürsorge als ethische Werte eines Menschenbildes angesehen, ist pflegenden und fürsorgenden Menschen der Gedanke, selbst einmal von Pflege abhängig zu sein, keine drohende Würdeverletzung. Auch in einer solchen Situation kann Leben noch sinnvoll sein.

Vielen ethischen Konflikten, die Einfluss auf die Gesetzgebung haben, liegen letztlich unterschiedliche Menschenbilder zugrunde.

### **Das christliche Gesellschaftsbild: Subsidiarität, Solidarität und Gemeinwohl**

Menschenbildern entsprechen auch Gesellschaftsvisionen. Auch diese sind, was die christliche Tradition anbelangt, plural. Dies hängt damit zusammen, dass die Reich-Gottes-Verkündigung von Jesus bewusst von der Vollendung der gesellschaftlichen Verhältnisse von Gott her dachte und auf Strukturelemente verzichtete. Christinnen und Christen haben in diesem Sinne als Sauerteig der Humanisierung unter den verschiedensten gesellschaftlichen Bedingungen zu wirken.

Grundsätzlich geht es darum, im Hinblick auf das zu bewirkende **Gemeinwohl** den Einzelnen möglichst viel Freiheit und Initiative zu belassen. Damit wird bewusst eine Mitteposition gesucht zwischen einem Liebesverständnis, das bevormundet und einem Freiheitsverständnis, das dem Egoismus Tür und Tor öffnet. Diesen Grundgedanken finden wir schon bei Paulus (Gal 5).

Die christliche sozialetische Tradition hat dies in den beiden Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität formuliert.

Das **Subsidiaritätsprinzip** fordert, dass die nächsthöhere (staatliche) Organisationsform nur dort eingreifen soll, wo die untergeordnete Instanz überfordert ist. Das Subsidiaritätsprinzip beinhaltet aber nicht nur einen Schutz vor einem allzu zentralistisch wirkenden Staatswesen, sondern es beinhaltet auch die Verpflichtung der übergeordneten Instanz dort zu helfen, wo untergeordnete Handlungsträger in einer wichtigen Aufgabe überfordert sind. Diese Hilfe hat aber nicht bevormundend zu sein. Sie soll die untergeordneten Handlungsträger möglichst bald befähigen, wieder selbständig handeln zu können. Das Subsidiaritätsprinzip steht unserem Föderalismus nahe. Allerdings zeigen Auswüchse eines egoistisch verstandenen Föderalismus, dass es ein zweites Prinzip braucht: Das **Solidaritätsprinzip**. Dies fordert die Handlungsträger auf, immer das Ganze, das Gemeinwohl, bei ihrem Handeln zu respektieren und zu fördern. Die Beachtung dieser beiden Prinzipien führt dazu, dass christliche Politik jedem Extremismus abhold ist. Sie stellt sich gegen einen rücksichtslosen Liberalismus und gegen einen bevormundenden Etatismus.

Die CVP hat dies in neuerer Zeit auf die prägnante Formel liberal-sozial gebracht.

Als neues Prinzip ist auch jenes der **Nachhaltigkeit** zu erwähnen. Dabei geht es um die Ausweitung des Solidaritätsgedankens mit den kommenden Generationen: Sie sollen möglichst wenige Altlasten in ökologischer, sozialer und finanzieller Hinsicht übernehmen müssen. Andererseits schafft aber jede Generation durch die Lösung anstehender Probleme immer auch neue Sachzwänge. Hier stellt sich ebenfalls im Hinblick auf das Gemeinwohl, welches neu auch

die natürlichen Grundlagen im Sinne eines Eigenwertes umfasst, wiederum die Frage nach der sinnvollen Beschränkung der Freiheitsrechte ganzer Generationen.

## **Ethik und Moral**

Ethik ist seit Aristoteles die Wissenschaft vom guten und gerechten Handeln. Heute ist sie vor allem normative Ethik: Sie prüft kritisch die jeweils herrschende Moral und begründet Formen und Prinzipien rechten Handelns. Moral ist im Sinne von Alltagsmoral meist scheinbar absolut vorgegeben. Diesen Absolutheitsanspruch stellt die Ethik kritisch in Frage und verhindert so das auch in der Politik beliebte Moralisieren.

Zwei ethische Traditionen sind gegenwärtig in der Politik vor allem wirksam:

Der im angelsächsischen Raum entstandene **Utilitarismus** untersucht vor allem die Geltungsansprüche von Normen. Dabei kennt er vier Kriterien:

1. Das Folgen oder Konsequenzenprinzip: Handlungen sind nach ihren Folgen zu beurteilen.
2. Das Nutzen oder Utilitätsprinzip: Die Konsequenzen sind nach ihrem Nutzen für das Gute zu beurteilen.
3. Das hedonistische Prinzip: Das Gute ist Erleben von Lust und Freude, Unlust und Schmerz sind zu vermeiden.
4. Das universalistische Prinzip: Das Glück aller von der Handlung Betroffenen ist zu maximieren.

Der Utilitarismus hat sich vor allem in der Wirtschaftsethik bewährt. Seine Schwäche ist es, dass er oft das Ganze aus den Augen verliert. Oft sind viel mehr Menschen von einer Handlung betroffen, als es auf den ersten Schein den Eindruck macht. Fragen nach dem Sinn, nach Werten und Menschenbildern blendet er aus, diese sind ihm zuwenig präzise. Der Utilitarismus ist vor allem bei Liberalen zu finden.

Im christlichen Umfeld wird demgegenüber nach wie vor die **Wertethik** favorisiert. Sie stellt sich die Frage nach den Folgen für Gesellschaft und Zukunft, wenn gewisse Menschenbilder und Werthaltungen prägend werden. Hier wirken die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts nach. Diese Position hat ihre Stärken im Bereich von Bildung und Kultur, weil sie den Blick aufs Ganze und auf Langzeitfolgen hat. Ihr Problem ist die mangelnde Konkretisierung im normativen Bereich, was im schlechten Fall zur Beliebigkeit führen kann.

Grundsätzlich können sich diese Positionen ergänzen. Gegenwärtig prallen sie diametral in Fragen des Lebensschutzes und in bioethischen Fragen (z.B. Präimplantationsdiagnostik) aufeinander.

## **Ethik und Ethos**

Von der Ethik zu unterscheiden ist das Ethos (früher sprach man von Moral und Sitte). Dabei geht es um das konkrete ethische Profil von Einzelnen und Gruppen. Gesinnungen, Werthaltungen und nicht hinterfragte normative Überzeugungen bilden dabei ein Ganzes. Das Ethos argumentiert nicht, es überzeugt – oder eben nicht. Oft geht es ums Ethos, wenn ein Politiker als unglaubwürdig bezeichnet wird: Sein persönliches ethisches Profil steht im Gegensatz zu den Leitlinien, die er als Vertreter seiner Partei auch vorbildhaft leben müsste.

Auch eine Partei als Ganzes hat ein Ethos. Hier geht es um Stilfragen: Was ist in der Propaganda erlaubt, was nicht? Wie geht man mit dem politischen Gegner um? Dieses Ethos von Parteien ist unterschiedlich. Zudem gibt es auch noch regionale, mentalitätsmäßige Unterschiede.

Parteien müssen sich mit ihrem Ethos beschäftigen. Dabei geht es um die Frage nach den Grenzen des in der Partei nicht tolerierbaren Handelns. Bei Rücktrittsforderungen an politische Handlungsträger ist meist das Ethos angesprochen.

Problematisch ist, dass dieses Ethos – z.B. im Sinne eines Ehrenkodex – nicht ausformuliert vorliegt. Meist wird es im Konfliktfall – oft noch unter dem Druck der Medien – situativ entwickelt. Das schafft Unsicherheiten und Verletzungen. Die Beschäftigung mit dem eigenen Ethos ist eine ungelöste Hausaufgabe der meisten Parteien.